

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Uebermorgen ist der Tag der Wahl! Kein liberaler Wähler darf fehlen!

Urwähler:
Achtet auf den Brief vom liberalen Wahlkomitee! Wählt die Wahlmänner, die sich verpflichtet haben, für die drei liberalen Kandidaten Landgerichtsdirektor Kanzow-Berlin, Schriftsteller Dr. Hermann Pachnicks-Berlin, Geh. Justizrat Dr. Paul Krause-Berlin zu stimmen.

Gewählt wird:
1. Abteilung: 9-9 1/2 Uhr.
2. Abteilung: 10-11 1/2 Uhr.
3. Abteilung: 12-8 Uhr.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Die Grundlinien des Balkanfriedens.

London, 13. Mai. Der allgemeine Friedensvertrag zwischen den Balkanbündelerten und der Türkei hat nach der „Daily Mail“ folgenden Wortlaut:

- Artikel 1. Der Friede wird wieder hergestellt und die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem osmanischen Reich und den Verbündeten werden wieder aufgenommen.
- Artikel 2. Seine Majestät der Sultan genehmigt, daß alle Gebiete, die er auf dem europäischen Festlande westlich der Linie Enos-Midia besitzt, an die Verbündeten abgetreten werden, mit Ausnahme von Albanien.
- Artikel 3. Das osmanische Reich und die verbündeten Mächte kommen überein, daß die Regierungen Österreich-Ungarns, Englands, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Rußlands mit der Aufgabe betraut werden, die Grenzen Albanien festzusetzen und die staatliche Organisation in Albanien zu begründen.
- Artikel 4. Seine Majestät der Sultan tritt an die Mächte alle seine Rechte auf die Insel Kreta ab.
- Artikel 5. Das osmanische Reich und die verbündeten Balkanstaaten kommen überein, den Großmächten die Bestimmung über die ägäischen Inseln zu überlassen.
- Artikel 6. Alle finanziellen Fragen, die mit den angetretenen Gebieten zusammenhängen, sollen von einer technischen Kommission gelöst werden, die in Paris zusammentritt und auf der die kriegführenden Parteien vertreten sein sollen.
- Artikel 7. Alle Fragen, die mit der Organisation jener Volksstämme zusammenhängen, die von den vertragsschließenden Parteien (nämlich den Türken und den Balkanstaaten) abhängen, und die sich beziehen auf ihr Eigentum, auf den Austausch von Gefangenen, auf Handel und Industrie u.ä., sollen durch besondere Kommissionen gelöst werden, soweit es möglich ist, gleichzeitig mit dem Friedensvertrage ratifiziert werden.

Reformen für Armenien.

Konstantinopel, 13. Mai. Ueber die armenische Denkschrift erklärte der Großwesir: Eine Ueberreizung der Gemüter bestehe. Die Regierung müsse Beruhigungsmittel finden. Sie werde ihre Pflicht erfüllen. Außer den Armeniern litten auch die Türken unter dem Mäherunwesen. Die Regierung sei seit gewiß, den Unbelständen ein Ende zu machen. Gewisse Beamte, die unzulässig ihre Pflicht verletzten, würden entlassen und sofort eine Untersuchung der in der Denkschrift angeführten Vorkommnisse angeordnet werden. Die Regierung werde alles tun, die Harmonie der verschiedenen Elemente der Bevölkerung herzustellen.

Die Besetzung Skutaris.

Cetinje, 13. Mai. Morgen wird um zwei Uhr Nachmittags eine Abtheilung internationaler Truppen Skutari besetzen, das gleichzeitig von den montenegrinischen Truppen geräumt werden wird.

Ein serbischer Dampfer

von österreichischem Militär beschossen.

Belgrad, 13. Mai. Die serbische Presse ist sehr aufgeregt über einen angeblichen Vorfall, der sich in Semembria zugezogen haben soll. Als der serbische Dampfer „Belgrad“ in die Nähe Semembrias kam, sei plötzlich von den aus dem ungarischen Ufer befindlichen Grenzjägern und Gendarmen geschossen worden. Eine Kugel traf einen serbischen Handlungsgehilfen. Der Verwundete wurde in ein Krankenhaus gebracht. Die serbische Presse erklärt, daß der Dampfer etwa 50 Meter vom Ufer entfernt war, und fordert die Regierung auf, in Wien energisch Protest zu erheben und Wergütung zu verlangen. (Die ganze Angelegenheit dürfte, wenn sie nicht überhaupt frei erfunden ist, stark aufgebauscht sein. D. Red.)

Belgrad, 13. Mai. Gestern Abend wurde ein dringlich einberufener Ministerrat abgehalten, der mehrere Stunden dauerte. Der Zeitung „Politika“ zufolge, ist dabei der Standpunkt der serbischen Regierung in der serbisch-bulgarischen Streitfrage formuliert worden.
Sofia, 13. Mai. Neuere Zeitstellungen über den Unfall des bulgarischen Militärs auf der Strecke Bul-Drama ergaben, daß die ersten Meldungen stark übertrieben waren. Sechs Soldaten sind getötet und vierzig verwundet. Die Lokomotive des Militärs ist beschädigt.

Deutsches Reich.

Der preußische Militärattaché in München auf der Straße erschossen.

München, 13. Mai. Heute Mittag kurz nach 1 Uhr wurden in der Mohlstraße durch einen anscheinend geistesgestörten Mann namens Straßer der Oberwachmeister von der Schutzmannschaft Holländer, der kontrollieren wollte, erschossen und der Militärattaché der preußischen Gesandtschaft, Major v. Lewinski, der dem Oberwachmeister zu Hilfe eilen wollte, durch zwei Schüsse in die Brust so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung in die chirurgische Klinik verstarb. Der Täter, der sämtliche Patronen seiner Browningpistole abgefeuert hatte, wurde kurz darauf von einem Schumann verhaftet.

Von dieser Darstellung weichen andere Nachrichten wesentlich ab.

München, 13. Mai. Der Polizeibericht meldet über den Mordanschlag in der Mohlstraße auf den Militärattaché der preußischen Gesandtschaft: Major v. Lewinski wurde heute Nachmittag kurz nach 1 Uhr auf dem Heimweg von der Gesandtschaft, als er die äußere Prinzregentenstraße passierte, von dem ledigen 33jährigen Bismarck-Johann Straßer aus Nieder-Mitteich, Bezirksamt Teggenborn, von hinten angegriffen. Der Major zog bereits den Säbel, um sich des Mannes zu erwehren. Der Oberwachmeister Holländer, der auf dem Dienstwege begriffen war und dem Major zu Hilfe eilte, wurde mit mehreren Schüssen niedergestreckt und blieb tot am Plage. Major v. Lewinski kam noch bis zum Palais Coburgsollern an der Maria-Theresienstraße, wo er zusammenbrach. Bald nach seiner Ueberführung in das chirurgische Spital verschied er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Der Täter wurde festgenommen. Er ist vollkommen gefählig.

München, 13. Mai. Das Publikum fiel über den Attentäter her und richtete ihn übel zu. Auf die Polizei gebracht, verweigerte der Mann jede Auskunft über seine Persönlichkeit und die Gründe seiner Tat. Es gelang bisher noch nicht, ihn zu identifizieren. Man steht geradezu vor einem Rätsel, da auch die preussische Gesandtschaft keinerlei Angaben über die Motive u.ä. machen kann. Der Generalstabsobermajor von Lewinski war früher beim Generalstab der großherzoglich-besessenen (S.) Division und seit dem Februar 1912 Major. Am 18. Februar d. J. wurde er Nachfolger des Reichsrats Daffert von Bernstein bei der preussischen Gesandtschaft.

Die Verbandsitzung der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine.

Berlin, 13. Mai. Auf der heutigen Verbandsitzung der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine führte der Reichstagsabgeordnete Weinhausen als Berichterstatter in der Frage des Koalitionsrechtes der Staatsarbeiter aus: Bei den Staatsarbeitern schwebt als Ideal immer noch die Beamtenstellung vor. Ihre Wünsche können sie nicht als einzelne zur Geltung bringen, sondern nur durch Organisationen. Auch die Leiter der Staatsbetriebe, denen vielfach noch das sozialpolitische Verständnis abgeht, werden sich mit diesen Gedanken beschäftigen müssen. In gemeinnützigen Betrieben, vor allem in Verkehrsunternehmen, Eisenbahnen u.ä., wird man mit Rücksicht auf die Gesamtheit auf das Streikrecht verzichten müssen. Sodann wurde einstimmig eine Erklärung etwa folgenden Inhalts angenommen: Der Verbandstag der deutschen Gewerksvereine bedauert, daß der Reichstag die wichtige Staatsarbeiterfrage, wie sie in der Resolution der fortschrittlichen Volkspartei zum Militäratlas zusammengefaßt war, nicht durch einstimmigen Beschluß gutgeheißen hat. Der Verbandstag fordert für alle Staatsarbeiter das Recht, sich ins Berufsvereine zusammenzuschließen. In gemeinnützigen öffentlichen Betrieben möchte die Organisation der Arbeiter und Angehörigen auf das Recht der gemeinsamen Kündigung und Arbeitsniederlegung verzichten, fordere aber um so nachdrücklicher die Anerkennung ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Verbandsabgeordneter Gleichau behandelte danach das Rechtsverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern und führte dabei aus: Noch immer herrscht zwischen Arbeiter und Unternehmer in der Großindustrie das Faustrecht. Als sei anzuerkennen, daß die fortschrittliche Volkspartei auf ihrem letzten Parteitag in Mannheim die Schaffung eines Arbeiterrechts gefordert habe. Die Großunternehmer, die immer noch verschärfte Strafbestimmungen gegen die Arbeiterorganisationen rufen, seien die Wegweiser zur Sozialdemokratie. Nach den Ausführungen des Berichterstatters, der der Regierung vorwarf, daß sie Unternehmer und Arbeiter nicht mit gleichem Maße messe, erhob sich Geheimrat Siefarth, der als Vertreter des Reichsamts des Innern erschienen war, und erklärte: Ich muß Verwahrung einlegen gegen die Behauptung, daß in Deutschland nicht Recht, sondern Faustrecht herrsche, weiter dagegen, die Regierung täte nichts zur Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter und ließe sich von den Großunternehmern beeinflussen. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß der Vorliegende diese Ausdrücke rügen wird; andernfalls kann ich nicht weiter an den Verhandlungen teilnehmen.“ Hartmann als Leiter der Versammlung bemerkte: Ich habe keine Veranlassung, irgendwelche Aeußerungen des Beredners zu beanstanden. Wir müssen hier jeder frei von der Ueberzeugung leben können.“ Geheimrat Siefarth und Staatspräsident Dr. Kähler verließen hierauf den Saal. Dann trat die Mittagspause ein.

Kleine politische Meldungen.

Berlin, 13. Mai. Der Kaiser will nach dem „L.-M.“ doch noch an einer Fahrt des „Imperator“ teilnehmen, und zwar soll diese Reise des Reichsdampfers erst nach der Dieler Woche angetreten werden.

Berlin, 13. Mai. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Jagow ist heute Abend nach Wien abgereist.

Wenthen (Oberholl.). 13. Mai. Heute Morgen fielen 17 686 Mann, wovon ein großer Prozentsatz auf die sogenannten Feuertauchbühnen entfiel. Bei den festlichen Gruben fuhr die Beleuchtung vollzählig an.

Berlin, 13. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hebt hervor, der Verlauf des jetzt beendigten oberösterreichischen Bergarbeiterstreiks war bezeichnend für die Zurückhaltung, mit der bei uns verfahren wird, wenn die Ausständigen in ihrem Kampf um wirtschaftliche Forderungen sich der Gewalttätigkeiten gegen Arbeitswillige oder sonstiger Ausschreitungen enthalten. In Oberösterreich, wo ein militärisches Einschreiten ja überhaupt nicht in Frage gezogen wurde, war auch die polizeiliche Exekutive mit der größten Zurückhaltung

abgehandelt worden, und das werde stets bei Umständen geschehen, die wie hier nach außen hin in ruhigen Formen verlaufen.

Berlin, 13. Mai. Wie eine Nachrichtenstelle aus Bundesratskreisen hört, wird ein Beschluß über die Aufhebung des Desjütinagesetzes seitens des Bundesrates vorläufig nicht gefaßt werden. Zunächst werden mit Hilfe der Einzelstaaten die Erhebungen über die verschiedenartige Gesetzgebung auf dem Gebiete des geistigen Erbwesens in den Einzelstaaten fortgesetzt, um Klarheit über diese Frage zu gewinnen.

Berlin, 13. Mai. Nach der Meldung einer parlamentarischen Korrespondenz soll die Regierung den Wunsch geäußert haben, der Reichstag solle zunächst die ganze Wehrvorlage im Plenum erledigen, ehe man an die Beratung der Deckungsvorlagen auch in der Kommission herangehe. Ebenso stehe die Regierung auf dem Standpunkt, die Deckungsvorlage brauche bis zur Sommerpause nur hinsichtlich der einmaligen Vermögensabgabe erledigt zu werden, im übrigen könne sie aber vertagt werden.

Berlin, 13. Mai. Dem Reichstag sollen in nächster Zeit noch zwei Vorlagen zugehen, um bis zur Vertagung verabschiedet zu werden. Der Entwurf betreffend Gewährung freier Eisenbahnfahrt an die Mitglieder des Reichstages während der ganzen Legislaturperiode und eine Novelle zur Gewerbeordnung, die für kinematographische und phonographische Vorführungen die Konzessionspflicht mit dem 1. Oktober 1913 einführen will. Die Novelle schlägt auch einige neue Bestimmungen öffentlich-rechtlicher Natur für den allgemeinen Theaterbetrieb vor, eine Materie, die im Rahmen des künftigen Theatergesetzes keine Regelung finden könnte.

Berlin, 13. Mai. Es wurden verließen den Generalleutnants v. v. Bismarck, bisher Inspekteur der dritten Kavallerieinspektion, der Stern des Roten Adlerordens 2. Klasse mit Eichenlaub, Bellmann, bisher Inspekteur der ersten Kavallerieinspektion, der Kronenorden 1. Klasse, und Geh. Kommissar Wallische in Altona der Kronenorden 2. Klasse.

Berlin, 13. Mai. Aus Anlaß der zahlreichen Unfälle auf dem Flugplatz Johannisthal hat der Abg. Dr. Müller-Reinigen (fortschrittl. Vp.) im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß die Rettungsrichtungen auf dem Flugplatz Johannisthal vollständig unzureichend sind und was gedenkt er zu tun, um so rasch wie möglich, diese Mängel abzustellen? — Ich beugne mich mit einer schriftlichen Antwort.

Darmstadt, 13. Mai. Prinzregent Ludwig von Bayern und Gemahlin trafen heute Nachmittag, von Speier kommend, mittels Sonderzuges auf dem Hauptbahnhof hier ein. Dort fand großer militärischer Empfang statt. Anwesend waren der Großherzog und die Großherzogin, die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, die Generalität und die hohen Offiziere der Garnison, sowie die obersten Hofchargen. Nach der Begrüßung schritten der Prinzregent und der Großherzog die Kron der Ehrenkompanie ab. Danach begaben sich die hohen Herrschaften in zwei vierpässigen Saloonwagen nach dem Residenzschloß. Heute Abend um 7.30 Uhr findet Galastafel zu 72 Gedecken statt.

Rusland.

Die Effektivstärke des französischen Heeres.

Paris, 13. Mai. Der Senator und ehemalige Minister Miller la Croix gibt in seinem Bericht über das Kriegsbudget die Ziffer der Effektivstärke mit 592 438 an, darunter befinden sich 29 923 Offiziere. Hiervon entfallen 517 691 auf Frankreich, 56 686 auf Algerien, 18 061 auf Tunis. Die Zahl der gegenwärtig in Marokko stehenden Truppen beträgt, abgesehen von den eingebrachten Hilfstruppen, 63 804, darunter 1542 Offiziere. Die Kosten, mit welchen die militärischen Unternehmungen in Marokko das Budget des laufenden Jahres belasten, veranschlagt Miller la Croix mit 160 Millionen.

Keine Ruhe in Marokko.

Paris, 13. Mai. Wie aus Adschda gemeldet wird, wurden die Vorposten der in der Kasbah Wilm lagernden Truppen in der vergangenen Nacht von aufständischen Marokkanern angegriffen. Die Marokkaner wurden mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen, die Franzosen hatten einen Toten und drei Verwundete.

Kleine Meldungen.

Limburg a. d. L., 13. Mai. Bei der heute Vormittag vollzogenen Bischofswahl wurde Domkapitular Augustilian zum Bischof von Limburg gewählt.

Wien, 13. Mai. Wie die Korrespondenz „Polnische Nachrichten“ meldet, ist der frühere Finanzminister Kordowski zum Statthalter von Galizien an Stelle des zurückgetretenen Statthalters Kobrynski ernannt worden.

Wien, 13. Mai. Die morgige „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Bekanntmachung, wodurch der galizische Landtag aufgelöst und Neuwahlen angeordnet werden.

Kopenhagen, 13. Mai. Heute Vormittag wurde die erste internationale Seerechtskonferenz im Landthingsaal eröffnet. 150 Delegierte waren anwesend. Seegerichtspräsident Koch ist Vorsitzender. Nach einem kurzen Bericht über die Komiteearbeiten seit der letzten Konferenz leitete Professor Hagerup die Verhandlungen über die Londoner Deklaration ein.

Paris, 13. Mai. Der nationale Friedenskongress in Paris nahm einstimmig einen Antrag an, der mit Genugtuung die Erfolge der ersten französisch-deutschen Verständigungskonferenz feststellt und den schweizerischen Veranstaltern und allen Teilnehmern,